

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 13 / 78

Berlin

30. März 1978

45. Jahrgang

Nur vorübergehende Entlastung des Arbeitsmarktes durch Rückwanderung ausländischer Arbeitnehmer

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern stellt die wirtschaftspolitischen Instanzen nach wie vor vor große Probleme. In der Bundesrepublik Deutschland werden immer wieder Forderungen nach einem einschneidenden Abbau der Ausländerbeschäftigung laut. Demgegenüber drängt das Ausland unter Hinweis auf die noch verhältnismäßig günstige Arbeitsmarktlage in der Bundesrepublik auf eine Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für ausländische Arbeitnehmer. Die Bundesregierung¹ verfolgt in der Ausländerpolitik einen Mittelweg, der eine Eindämmung des Zuzugs sowie die Integration der fast 4 Mill. Ausländer in das wirtschaftliche und soziale Gefüge der Bundesrepublik vorsieht. Trotz des seit Ende 1973 bestehenden Anwerbestopps und des Beschäftigungsverbots seit Ende 1974 für neu zugewanderte Ausländer aus Nicht-EG-Staaten ist aber weiterhin mit einem hohen Bestand an Ausländern zu rechnen, die in der Bundesrepublik Beschäftigung suchen und für die Ausbildungs- und Arbeitsplätze bereitgestellt werden müssen.

Von 1968 bis 1973 hat sich die ausländische Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland von 1,9 Mill. auf 4,0 Mill. erhöht. Auch der Anteil der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der im Inland Erwerbstätigen verdoppelte sich von 4 vH auf nahezu 10 vH. Im November 1973 beschloß die Bundesregierung einen generellen Anwerbestopp für Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Ländern. Vom November 1974 an wurde Personen, die aus diesen Staaten als Familienangehörige oder Touristen einreisten, die Arbeitserlaubnis verweigert.

Erklärtes Ziel dieser Maßnahmen war die Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung; die Arbeitsmarktprobleme sollten entschärft und die soziale Infrastruktur nicht noch stärker belastet werden.

Anwerbestopp führt zur Umschichtung der ausländischen Wohnbevölkerung

Der Anwerbestopp für Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Ländern wirkte sich rasch und nachhaltig aus. Seitdem hält sich die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung etwa auf dem Niveau von 4 Mill. Ihre Zusammensetzung hinsichtlich des Alters, der Erwerbsbeteiligung und der Herkunftsländer hat sich jedoch erheblich gewandelt. Diese Umschichtung ist auf zwei Faktoren zurückzuführen:

– veränderte Zusammensetzung der Zu- und Abwanderungen und

¹ Vgl. dazu die „Vorschläge der Bund-Länder-Kommission zur Fortentwicklung einer umfassenden Konzeption der Ausländerbeschäftigungspolitik“. Mit einer weitgehenden Realisierung dieser Vorschläge ist zu rechnen.

Auswirkungen des Anwerbestopps auf die ausländische Wohnbevölkerung

	1972	1973	1974	1975	1976
	- in 1 000 -				
Bevölkerung insgesamt	61 672	61 976	62 054	61 829	61 531
Deutsche ¹⁾	58 145	58 010	57 926	57 740	57 582
Ausländer ¹⁾	3 527	3 966	4 128	4 089	3 949
Erwerbspersonen insgesamt	26 901	26 986	26 798	26 424	26 148
Deutsche ²⁾	24 599	24 481	24 405	24 212	24 121
Ausländer ²⁾	2 302	2 505	2 393	2 211	2 027
Nichterwerbspersonen insgesamt	34 771	34 990	35 256	35 405	35 383
Deutsche	33 546	33 529	33 521	33 527	33 461
Ausländer	1 225	1 461	1 735	1 878	1 922
	- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in 1 000 -				
Bevölkerung insgesamt	+ 370	+ 304	+ 78	- 225	- 298
Deutsche	+ 282	- 135	- 84	- 187	- 158
Ausländer	+ 88	+ 439	+ 161	- 38	- 140
Erwerbspersonen insgesamt	- 9	+ 85	- 188	- 374	- 276
Deutsche	- 171	- 118	- 76	- 193	- 91
Ausländer	+ 162	+ 203	- 112	- 180	- 185
Nichterwerbspersonen insgesamt	+ 379	+ 219	+ 266	+ 148	- 22
Deutsche	+ 453	+ 17	- 8	+ 6	- 66
Ausländer	- 74	+ 236	+ 274	+ 142	+ 44
	- Anteile in vH -				
Ausländerquote					
der Bevölkerung ³⁾	5,7	6,4	6,7	6,6	6,4
der Erwerbspersonen ²⁾³⁾	13,0	9,3	8,9	8,4	7,8
der Nichterwerbspersonen ³⁾	3,5	4,2	4,9	5,3	5,4
Erwerbsquote					
der deutschen ²⁾	42,3	42,2	42,1	41,9	41,9
der Ausländer ²⁾	65,3	63,2	58,0	54,1	51,3
<p>1) Stand 30.9. d.J.- 2) Ohne mithelfende Familienangehörige und Selbständige, die ca. 3,5 vH der Erwerbstätigen ausmachen.- 3) Ausländer in vH der jeweiligen Gruppe (Deutsche + Ausländer).</p> <p><u>Quellen:</u> Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen des DIW.</p>					

– Geburtenüberschuß bei der ausländischen Wohnbevölkerung.

In den Jahren 1974 bis 1976 – also nach dem Anwerbestopp – sind insgesamt etwa 400 000 Ausländer mehr abgewandert als zugezogen. Diesem Wanderungsverlust stand ein Geburtenüberschuß von rund 250 000 Ausländern gegenüber². Die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung wurde zudem durch den Zustrom jüngerer Personen beeinflusst. So hat sich der Anteil der Kinder bis unter 15 Jahre an den Zugewanderten von 1973 bis 1975 von knapp einem Fünftel auf ein Drittel erhöht. Da die entsprechende Abwanderung weitaus geringer war, ergab sich hier ein Wanderungsgewinn von fast 40 000. Die meisten dieser Jugendlichen müssen mit Schul- oder Ausbildungsplätzen versorgt werden, was erhebliche Konsequenzen für das ohnehin überforderte Bildungssystem hat. Derzeit leben fast eine

halbe Million ausländischer Schüler in der Bundesrepublik. Welche Probleme sich daraus ergeben, wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß heute rund 60 vH aller Ausländerkinder keinen Hauptschulabschluß erreichen. Diese ausländischen Jugendlichen haben damit allenfalls Aussicht auf eine Hilfsarbeitertätigkeit.

Sehr deutlich hat sich der Anwerbestopp auf die Zuzüge von Erwerbspersonen ausgewirkt. Die Erwerbsquote der Zuwanderer fiel von 63 vH (1973) auf rund 40 vH im folgenden Jahr und blieb danach auf diesem Niveau. Betroffen wurden vor allem Auslän-

² Die hier und im folgenden wiedergegebenen Daten über die ausländische Bevölkerung und ihre Strukturmerkmale lassen sich nicht lückenlos zusammenfügen, denn sie stützen sich auf Quellen, die sich einmal auf unterschiedliche Zeiträume beziehen und zum anderen nach voneinander abweichenden Methoden konzipiert sind.

Wanderungen der Ausländer nach ausgewählten Nationalitäten

	Zuzüge							Fortzüge						
	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
	- in 1 000 -													
Türkei	177	187	184	250	161	99	106	42	61	75	87	111	149	130
Jugoslawien	239	159	134	151	72	46	41	89	108	97	92	102	100	74
Italien	184	168	147	153	86	51	66	137	139	128	122	120	105	85
Griechenland	94	71	51	36	30	18	16	30	40	48	49	49	66	58
Spanien	61	52	45	46	14	8	6	32	36	36	39	48	40	33
zusammen	755	638	561	636	363	221	253	330	384	384	388	429	459	381
übrige Länder	221	233	225	234	176	145	152	105	117	131	139	151	141	135
insgesamt	976	871	787	869	539	366	387	435	500	514	527	580	600	515
davon														
EG-Staaten	234	220	200	204	128	84	101	163	168	158	154	154	135	114
Nicht-EG-Staaten	742	651	587	665	411	282	286	272	332	356	373	426	465	401
	- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH -													
Türkei	+17	+ 6	- 1	+35	-36	-39	+ 7	+23	+44	+23	+16	+27	+34	- 12
Jugoslawien	+ 9	-33	-16	+13	-52	-37	-11	+62	+21	-10	- 6	+12	- 2	-26
Italien	- 4	- 9	-12	+ 4	-44	-41	+31	+ 4	+ 2	- 8	- 5	- 1	-13	-19
Griechenland	- 7	-25	-28	-29	-17	-39	-12	+25	+32	+20	+ 2	0	+35	-11
Spanien	- 3	-15	-15	+ 4	-70	-45	-17	+23	+13	+ 1	+ 9	+21	-16	-18
zusammen	- 6	-16	-12	+13	-43	-39	+ 7	+23	+16	0	+ 1	+11	+ 7	-17
übrige Länder	-10	+ 5	- 3	+ 4	-25	-18	+ 5	+ 5	+11	+12	+ 6	+ 9	- 7	- 4
insgesamt	+ 7	-11	-10	+10	-38	-32	+ 6	+18	+15	+ 3	+ 2	+10	+ 3	-14
davon														
EG-Staaten	0	- 6	-10	+ 2	-38	-35	+20	+ 5	+ 3	- 6	- 2	0	-13	-16
Nicht-EG-Staaten	+10	-12	-10	+13	-38	-31	+ 1	+27	+22	+ 7	+ 5	+14	+ 9	-14
	- Anteil der Erwerbspersonen in vH -													
Türkei	69,5	59,3	49,9	52,6	18,0	14,7	14,2	69,3	63,2	56,8	46,5	46,3	43,7	34,2
Jugoslawien	88,2	78,4	71,9	71,7	45,6	37,5	32,7	88,2	84,5	79,4	73,8	71,6	65,4	56,3
Italien	79,2	76,7	73,7	71,8	62,2	58,9	64,2	82,1	80,7	76,7	74,8	68,9	61,8	58,3
Griechenland	69,1	58,9	52,3	39,6	22,7	22,5	27,5	65,4	63,6	58,2	55,3	54,2	50,5	47,6
Spanien	80,6	72,9	66,7	71,9	30,4	29,0	33,3	80,3	80,2	76,7	73,0	70,2	63,3	56,1
zusammen	78,7	69,7	62,9	62,4	34,8	30,7	32,9	80,4	77,2	71,2	65,6	62,1	55,3	47,8
übrige Länder	66,6	65,3	61,8	63,1	51,7	48,2	49,8	58,2	61,6	61,6	60,8	59,9	55,6	51,0
insgesamt	75,9	68,5	62,6	62,6	40,4	37,7	39,5	75,1	73,5	68,8	64,3	61,6	55,3	48,6
davon														
EG-Staaten	76,5	74,6	72,0	70,3	62,1	59,5	63,6	78,4	77,3	73,9	72,1	66,9	61,1	57,6
Nicht-EG-Staaten	75,8	66,4	59,5	60,3	33,6	31,3	31,2	73,1	71,7	66,7	61,1	59,7	53,7	46,2
	- Anteile der Altersgruppen in vH -													
unter 15	11,7	15,1	17,7	18,0	31,0	32,3		11,3	12,8	16,0	18,8	19,9	23,2	
15 - 45	81,7	77,9	75,0	75,2	60,5	57,4		78,5	77,4	74,0	70,6	69,2	65,7	
45 - 65	5,8	6,1	6,2	5,8	6,8	7,9		9,0	8,8	8,8	9,2	9,5	9,5	
65 und älter	0,8	0,9	1,1	1,0	1,6	2,4		1,2	1,1	1,2	1,4	1,4	1,6	
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

der aus den Nicht-EG-Staaten; ihre Erwerbsquote hat sich im gleichen Zeitraum nahezu halbiert. Besonders ausgeprägt war der Strukturwandel bei den türkischen Zuwanderern, deren Erwerbsquote 1976 nur noch 14 vH (1973: 53 vH) betrug. Auch der Zustrom von Erwerbspersonen aus EG-Ländern hat nach 1973 nachgelassen; dies ist aber allein Folge der wirtschaftlichen Rezession in der Bundesrepublik.

Insgesamt hat die ausländische Wohnbevölkerung in den Jahren 1974 bis 1976 aufgrund der Wanderungen um 400 000 Personen abgenommen. Dieser Rückgang setzt sich aus einem Wanderungsverlust bei den Erwerbspersonen um 430 000 und einen

Wanderungsgewinn bei den Nichterwerbspersonen um 30 000 zusammen.

Ein Sonderproblem stellt die Zuwanderung von erwachsenen Personen aus Nicht-EG-Ländern seit November 1974 dar, denen sowohl Ausbildungs- als auch Arbeitsplätze verwehrt werden. Der Umfang dieses Personenkreises läßt sich nur ungefähr angeben. Nach der Wanderungsstatistik sind in den Jahren 1975 und 1976 insgesamt 570 000 Personen aus Nicht-EG-Staaten zugewandert; etwa 230 000 davon stehen noch nicht oder nicht mehr im erwerbsfähigen Alter. Von den restlichen 340 000 Personen werden 180 000 als Erwerbspersonen ausgewiesen.

Wanderungen der Ausländer

	1972	1973	1974	1975	1976
	- in 1 000 -				
Zuzüge insgesamt	787	869	538	366	386
Erwerbspersonen	493	544	217	138	153
Nichterwerbspersonen	294	325	321	228	233
Fortzüge insgesamt	515	527	580	600	515
Erwerbspersonen	354	339	357	332	251
Nichterwerbspersonen	161	188	223	268	264
Saldo insgesamt	+272	+342	- 42	-234	-129
Erwerbspersonen	+139	+205	-140	-194	- 98
Nichterwerbspersonen	+133	+137	+ 98	- 40	- 31

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

Diese sowie ein Teil der erwachsenen Nichterwerbspersonen (160 000) können nicht auf Dauer mit administrativen Maßnahmen vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Allerdings stellt dies hohe Anforderungen an die Integrationsfähigkeit und macht große Anstrengungen im Bereich der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik notwendig.

Ausländer mit überdurchschnittlichem Arbeitsplatzrisiko

Von 1968 bis zum Anwerbestopp hat sich die Zahl der ausländischen Beschäftigten (sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer) von 1,6 Mill. auf 2,6 Mill. erhöht, und ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen erreichte nahezu 10 vH (1968 4 vH). Auf die Arbeitnehmer aus den fünf Hauptanwerbeländern (Türkei, Italien, Jugoslawien, Griechenland und Spanien) entfielen nahezu 80 vH der Beschäftigten, wobei die Türken die Italiener als größte Ausländergruppe ablösten und 1973 23 vH aller ausländischen Beschäftigten stellten.

In den Jahren nach dem Anwerbestopp unterschritt die Zahl der ausländischen Beschäftigten den Stand von 2 Millionen. Der Rückgang um ein Viertel (fast 700 000) war – prozentual gesehen – weit stärker als bei den deutschen Erwerbstätigen. Die Ausländerquote der Beschäftigten fiel auf 7,5 vH (1976), d. h. unter den Stand von 1971. Besonders betroffen vom Beschäftigungsabbau wurden die Spanier und Italiener, weniger die Türken. So konnten die Türken ihren Anteil an der Ausländerbeschäftigung auf 27 vH erhöhen. Dies verdeutlicht, daß die Erwerbspersonen aus den übrigen EG-Staaten keine Ar-

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte ausländische Arbeitnehmer nach ausgewählten Nationalitäten

	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
	- in 1 000 -								
Türkei	141	216	323	419	489	605	600	551	521
Jugoslawien	106	223	374	452	463	535	472	417	387
Italien	276	327	364	394	412	450	350	293	279
Griechenland	140	178	230	261	268	250	231	203	173
Spanien	113	135	127	180	181	191	158	129	107
zusammen	776	1 079	1 418	1 706	1 813	2 031	1 811	1 593	1 467
übrige Länder	243	287	389	422	472	564	513	468	453
insgesamt	1 019	1 366	1 807	2 128	2 285	2 595	2 324	2 061	1 920
Ausländerquote ¹⁾	3,9	5,2	6,8	8,0	8,6	9,7	8,9	8,1	7,7
	- in vH -								
Türkei	14	16	18	20	21	23	26	27	27
Jugoslawien	10	16	21	21	20	21	20	20	20
Italien	27	24	20	19	18	17	15	14	15
Griechenland	14	13	13	12	12	10	10	10	9
Spanien	11	10	7	8	8	7	7	6	6
zusammen	76	79	78	80	79	78	78	77	77
übrige Länder	24	21	22	20	21	22	22	23	23
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH -								
Türkei	+ 6,0	+34,7	+33,1	+22,9	+14,3	+19,2	- 0,8	- 8,9	- 5,8
Jugoslawien	+12,8	+52,5	+40,4	+17,3	+ 2,4	+13,5	-13,3	-13,2	- 7,8
Italien	+ 3,4	+15,6	+10,2	+ 7,6	+ 4,4	+ 8,4	-28,6	-19,5	- 5,0
Griechenland	- 6,7	+27,1	+29,2	+13,5	+ 2,7	- 6,7	- 7,6	-12,1	-14,8
Spanien	-11,0	+ 6,5	- 5,9	+41,7	+ 0,6	+ 5,5	-17,3	-18,4	-17,1
zusammen	+ 0,6	+39,0	+31,4	+20,3	+ 6,3	+12,0	-10,8	-12,0	- 7,9
übrige Länder	0	+18,1	+35,5	+ 8,5	+11,8	+19,5	- 9,0	- 8,8	- 3,2
insgesamt	+ 0,5	+34,0	+32,3	+17,8	+ 7,4	+13,6	-10,4	-11,3	- 6,8

1) Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer an allen Erwerbstätigen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen des DIW.

Ausländer und Arbeitslosigkeit

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977 ¹⁾
	- in 1 000 -							
Arbeitslose insgesamt	148,8	185,1	246,4	273,5	582,5	1 074,2	1 060,3	1 030,0
deutsche	143,8	173,3	229,4	253,7	513,4	922,7	954,2	937,9
ausländische	5,0	11,8	17,0	19,8	69,1	151,5	106,1	92,1
nachrichtlich: Wanderungssaldo der ausländischen Erwerbspersonen	+414,7	+228,8	+139,1	+205,4	-140,1	-194,3	-98,1	.
	- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH -							
Arbeitslose insgesamt	- 16,7	+ 24,4	+ 33,1	+ 11,0	+113,0	+ 84,4	- 1,3	- 2,9
deutsche	- 18,0	+ 20,5	- 32,4	+ 10,6	+102,4	+ 79,7	+ 3,4	- 1,7
ausländische	+ 51,5	+136,0	+ 44,1	+ 16,5	+249,0	+119,2	-30,2	-13,2
	- Arbeitslosenquote ²⁾ -							
Insgesamt	0,7	0,8	1,1	1,2	2,6	4,7	4,6	4,6
Deutsche ³⁾	0,7	0,8	1,1	1,2	2,5	4,6	4,7	4,6
Ausländer ³⁾	0,3	0,6	0,7	0,8	2,9	6,8	5,2	4,9
1) Vorläufige Zahlen.- 2) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen in vH.- 3) Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer 1974 bis 1976, Stand Ende Juni. Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen des DIW.								

beitsplatzvorteile gegenüber den anderen Nationalitäten haben; der unbeschränkte Zutritt zum deutschen Arbeitsmarkt bedeutet also nicht, daß diese Personengruppe bei der Besetzung von Arbeitsplätzen gegenüber Ausländern aus Nicht-EG-Ländern bevorzugt wird.

Die Arbeitslosenquote der Ausländer lag bis 1973 stets unter der aller Erwerbspersonen. Mit dem Ausbruch der Beschäftigungskrise 1974 stieg die Arbeitslosigkeit der Ausländer stark an und übertrifft seitdem die der deutschen Erwerbspersonen. 1975 waren über 150 000 ausländische Erwerbspersonen arbeitslos, die Arbeitslosenquote lag bei fast 7 vH. Zugleich erreichte der Abwanderungsüberschuß mit knapp 200 000 einen Höchststand. Ein erheblicher Teil der Rückwanderer war wahrscheinlich arbeitslos oder wäre es geworden. 1976 ging zwar die Arbeitslosenquote der Ausländer auf 5 vH zurück, nicht aber wegen wieder verbesserter Arbeitsmarktbedingungen. Vielmehr war dies eine Folge des auch 1976 anhaltenden „Exports von Arbeitslosigkeit“ und der Zuwanderungsbeschränkungen. 1976 ist nicht nur die Ausländerbeschäftigung weiter kräftig gesunken, sondern auch ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik.

Besonders hoch ist seit dem Anwerbestopp die Arbeitslosenquote bei den Ausländern aus den übrigen EG-Staaten — eine Folge der aufenthalts- und arbeitsrechtlich abgesicherten Sonderstellung dieses Personenkreises und des freien Zutritts zum Arbeitsmarkt. Entgegen der allgemeinen Tendenz ist hier die Zahl der Zuzüge — vor allem von Erwerbspersonen — wieder gestiegen.

Besseres Aufenthalts- und Arbeitsrecht erforderlich

Von 1973 bis 1976 entfielen über 40 vH des Beschäftigungsabbaus auf Ausländer, obwohl deren Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen kaum 10 vH betrug. Jeder vierte Ausländer verlor seinen Arbeitsplatz, bei den Deutschen war es jeder fünf- und zwanzigste. Ein weiterer forciert Abbau der Ausländerbeschäftigung wäre nicht vertretbar: Die Tätigkeitsmerkmale und Qualifikationsanforderungen der Arbeitsplätze von Deutschen und Ausländern stimmen oft nicht überein. Deshalb wäre eine Substitution der Ausländer durch Deutsche kaum in größerem Umfang möglich.

Grundsätzlich gibt es auch bei hoher allgemeiner Arbeitslosigkeit in einigen Branchen einen Mangel an Arbeitskräften. Statt der geforderten branchenspezifischen Lockerung des Anwerbestopps sollten in diesen Bereichen die Beschäftigungskonditionen (Arbeitsbedingungen, Bezahlung, sozialer Status) flexibel den Markterfordernissen angepaßt werden.

Eine auf Integration ausgerichtete Politik ist unumgänglich, denn viele Ausländer leben schon so lange in der Bundesrepublik, daß sie eine Rückkehr in ihre Heimat nicht mehr anstreben. Notwendig ist eine Ergänzung der aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen. Dazu plant die Bundesregierung, die kurzfristig — nach dem Ermessen der zuständigen Behörden — erteilte Aufenthaltsgenehmigung nach Ablauf von fünf Jahren obligatorisch unbefristet erteilen zu lassen und nach acht Jahren einen Rechtsanspruch auf Aufenthalt (Aufenthaltsberechtigung, § 8 Ausländergesetz) einzuräumen. In Verbindung damit soll die Arbeiterlaubnis an die

Ausländische Wohnbevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer 1976

Staatsangehörigkeit	Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahre										
	unter 1	1-2	2-3	3-4	4-6	unter 1-6	6-8	8-10	10 u.mehr	6 u.mehr	insges.
	- in Tsd. Personen -										
Türkei	67,9	86,9	109,5	169,7	244,6	678,6	212,4	52,0	103,3	367,7	1 046,3
Jugoslawien	19,2	24,4	37,6	64,6	125,3	271,7	210,1	40,3	63,1	313,5	534,6
Italien	25,6	24,0	33,5	45,0	88,3	216,4	94,4	63,8	166,3	324,5	540,9
Griechenland	9,1	13,8	16,6	20,2	63,2	122,9	79,8	27,7	99,9	207,4	330,3
Spanien	4,7	6,4	10,1	18,1	38,7	78,0	43,4	17,3	76,4	137,1	215,1
zusammen	126,5	155,5	207,3	317,6	560,1	1 367,0	640,1	201,1	509,0	1 350,2	2 717,2
übrige	72,4	69,3	78,7	87,1	157,1	464,6	124,9	61,5	337,1	523,5	988,6
insgesamt ¹⁾	198,9	224,8	286,0	404,7	717,2	1 831,6	765,0	262,6	846,1	1 873,7	3 705,8
darunter: EG-Staaten ²⁾	41,5	40,0	51,4	63,8	120,1	316,8	119,2	80,1	274,8	474,1	791,2
	- in vH -										
Türkei	34,1	38,7	38,3	41,9	34,1	37,0	27,8	19,8	12,2	19,6	28,2
Jugoslawien	9,7	10,9	13,1	16,0	17,5	14,8	27,5	15,3	7,5	16,7	15,8
Italien	12,9	10,7	11,7	11,1	12,3	11,8	12,3	24,3	19,7	17,3	14,6
Griechenland	4,6	6,1	5,8	5,0	8,8	6,7	10,4	10,5	11,8	11,1	8,9
Spanien	2,4	2,8	3,5	4,5	5,4	4,3	5,7	6,6	9,0	7,3	5,8
zusammen	63,6	69,2	72,5	78,5	78,1	74,6	83,7	76,6	60,2	72,1	73,3
übrige	36,4	30,8	27,5	21,5	21,9	25,4	16,3	23,4	39,8	27,9	26,7
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter: EG-Staaten	20,9	17,8	18,0	15,8	16,7	17,3	15,6	30,5	32,5	25,3	21,4
Türkei	6,5	8,3	10,5	16,2	23,4	64,9	20,3	5,0	9,9	35,1	100,0
Jugoslawien	3,3	4,2	6,4	11,1	21,4	46,4	35,9	6,9	10,8	53,6	100,0
Italien	4,7	4,4	6,2	8,3	16,3	40,0	17,5	11,8	30,7	60,0	100,0
Griechenland	2,8	4,2	5,0	6,1	19,1	37,2	24,2	8,4	30,2	62,8	100,0
Spanien	2,2	3,0	4,7	8,4	18,0	36,3	20,2	8,0	35,5	63,7	100,0
zusammen	4,7	5,7	7,6	11,7	20,6	50,3	23,6	7,4	18,7	49,7	100,0
übrige	7,3	7,0	8,0	8,8	15,9	47,0	12,6	6,2	34,1	53,0	100,0
insgesamt	5,4	6,1	7,7	10,9	19,4	49,4	20,6	7,1	22,8	50,6	100,0
darunter: EG-Staaten	5,2	5,1	6,5	8,1	15,2	40,0	15,1	10,1	34,7	59,9	100,0

Stand vom 30.9.76.
 1) Ohne 242,6 Tsd. Personen, die nicht nach diesen Merkmalen aufgefliedert werden konnten. - 2) Sämtliche EG-Staaten ohne Bundesrepublik Deutschland.
 Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Geltungsdauer und den rechtlichen Status der Aufenthaltserlaubnis angepaßt werden. Letztlich stellt dies aber lediglich eine Anpassung an die tatsächliche Entwicklung dar. Auch nach jetzt geltenden Rechtsnormen wird in der Regel die Aufenthaltserlaubnis selbst bei Arbeitslosigkeit verlängert. Bei einer Realisierung dieser Maßnahmen hätten 60 vH der ausländischen Wohnbevölkerung eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis: 1976 stammten 0,8 Mill. Ausländer aus EG-Staaten, und von den anderen Nationalitäten hielten sich 1,4 Mill. länger als sechs Jahre in der Bundesrepublik auf. Da nach fünf Jahren ununterbrochener Tätigkeit auch die Arbeitserlaubnis unbeschränkt und unbefristet erteilt wird (§ 2 Arbeitserlaubnisverordnung (AEVO)), kann die Begrenzung oder Verweigerung des Arbeitsmarktzutritts (§ 19 Arbeitsförderungsgesetz (AFG), § 1 AEVO) den größten Teil der derzeit in der Bundesrepublik ansässigen ausländischen Wohnbevölkerung nicht mehr erfassen.

Entlastung des Arbeitsmarktes wird sich nicht fortsetzen

In naher Zukunft wird Griechenland vermutlich der EG beitreten. Verhandlungen über einen Anschluß an die EG werden auch mit Portugal und Spanien geführt. Die Türkei hat über die derzeitige Assoziation hinaus Interesse an der Vollmitgliedschaft

bekundet. Die vollständige Freizügigkeit für Arbeitskräfte aus all diesen Ländern wird voraussichtlich aber erst nach längeren Übergangsfristen eingeführt werden, da eine Öffnung des Arbeitsmarktes die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik verschärfen und die Integration hier lebender Ausländer erheblich erschweren würde.

Dennoch wird künftig von den Ausländern ein starker Druck auf den Arbeitsmarkt ausgehen. Vor allem ausländische Jugendliche, die in der Bundesrepublik aufgewachsen oder in den letzten Jahren zugewandert sind, kommen zunehmend ins erwerbsfähige Alter. Außerdem wirken sich Familienzusammenführungen und Zuwanderungen von Erwerbspersonen aus dem EG-Raum sowie eine im Inland verbliebene „Stille Reserve“ von Personen aus, die – von der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage entmutigt – vorläufig keine Arbeit nachfragen. Dringend ist es, daß im Zuge einer wirtschaftlichen Belebung auch die 100 000 arbeitslosen Ausländer wieder eine Beschäftigung finden.

Die Anzahl der ausländischen Jugendlichen im Alter zwischen 10 und 15 bzw. 15 und 20 Jahren belief sich 1976 auf jeweils fast 210 000 Personen. Es ist anzunehmen, daß jährlich etwa 45 000 Personen aus diesen Altersgruppen neu auf den Arbeitsmarkt treten. Diese Jugendlichen haben, weil sie in der Regel schon länger als fünf Jahre in der Bun-

desrepublik leben, einen Anspruch auf Arbeitserlaubnis. Sie gehören schon zur sogenannten „Zweiten Ausländergeneration“, die in der Bundesrepublik aufwächst und von ihren ökonomischen sowie sozialen Statuserwartungen her sich an den Möglichkeiten der Deutschen orientiert. Die unzureichenden Ausbildungs- und Arbeitsplatzbedingungen werden von diesen Jugendlichen als soziale Benachteiligung angesehen.

Schwer abzuschätzen ist die künftige Entwicklung der Wanderungsbewegungen und deren Einfluß auf den Arbeitsmarkt. Zwar übertreffen noch die Fortzüge von Ausländern die entsprechenden Zuzüge, seit 1976 zeichnet sich hier jedoch ein Wandel ab: Die Zuzüge, vor allem aus EG-Staaten, zeigen wieder eine steigende und die Fortzüge eine stark fallende Tendenz. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich der Abwanderungsstrom weiter verlangsamt und zukünftig wieder mehr Arbeitnehmer in die Bundesrepublik einreisen.

Die Bundesrepublik zahlt gegenwärtig für 1,9 Mill. im Ausland lebende Kinder ausländischer Arbeitnehmer Kindergeld. Aus dem Familienstand der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer wird auf ein Potential von 1,4 Mill. Frauen und Kindern geschlossen, die im Zuge der Familienzusammenführung oder -gründung in die Bundesrepublik ziehen wollen³. Hinzu kommen die seit November 1974 zugewanderten Personen, denen derzeit zwar keine Arbeitserlaubnis gewährt wird, langfristig aber auch nicht verweigert werden kann. Die Maßnahmen der Bundesregierung sehen vor, daß Ehegatten aus Nicht-EG-Staaten, die neu einreisen, nicht mehr den arbeitsrechtlichen Status ihres schon länger in der Bundesrepublik lebenden Ehepartners übernehmen können (§ 2, Abs. 3 AEVO). Zusätzlich wird erwogen, den Familiennachzug von der Erfüllung weiterer Bedingungen abhängig zu machen. Der Begriff der Familie wird eingeeengt auf den Ehegatten und die unverheirateten Kinder unter 18 Jahren. Dem so eingegrenzten Personenkreis soll der Nachzug nur gestattet werden, wenn der Arbeitnehmer sich in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis befindet und

eine angemessene, dem deutschen Standard entsprechende Familienwohnung nachweisen kann.

Mit diesen Maßnahmen soll der Zustrom von ausländischen Familienangehörigen eingedämmt werden. Dennoch besteht die Gefahr, daß sich — auch auf längere Sicht — Randgruppen bilden, die ohne hinreichende Ausbildungsmöglichkeiten sind und nur geringe Beschäftigungschancen haben. Die krasse Benachteiligung einer größeren Bevölkerungsgruppe wird nicht ohne Auswirkungen auf den sozialen Frieden in der Bundesrepublik bleiben. Aufwendungen, die jetzt zu Lasten einer beruflichen und sozialen Integration der Ausländer gespart werden, können später als soziale Folgelasten vervielfacht auftreten.

Betrachtet man den Beschäftigungsrückgang seit 1973 und untersucht die verschiedenen Möglichkeiten des Verbleibs der davon betroffenen Personen, so fällt auf, daß der Abwanderungsüberschuß bei ausländischen Erwerbspersonen sowie die Anzahl der registrierten ausländischen Arbeitslosen nicht den gesamten Umfang des Beschäftigungsabbaus erreichen. Daraus kann, unter Berücksichtigung statistischer Ungenauigkeiten, auf eine „Stille Reserve“ bis zu 300 000 Personen geschlossen werden, die bei einer Besserung der Arbeitsmarktlage wahrscheinlich in erheblichem Umfang erneut eine Beschäftigung nachfragen werden. Auch ein Teil der statistisch als Nichterwerbspersonen eingestuft fast 2 Mill. Ausländer dürfte an der Aufnahme einer Beschäftigung interessiert sein.

Als Fazit bleibt, daß die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung des Zuzugs von Ausländern wirksam waren. Sie haben aber nicht zu einer Lösung der Beschäftigungsprobleme der Ausländer geführt. Vielmehr sind weiterhin erhebliche Anstrengungen zur Eingliederung dieser Bevölkerungsgruppen notwendig.

³ Vgl. Bodenbender, W.: Zwischenbilanz der Ausländerpolitik, Bonn 1976, sowie Vorschläge der Bund-Länder-Kommission zur Fortentwicklung einer umfassenden Konzeption der Ausländerbeschäftigungspolitik.

Zum Osthandel der Bundesrepublik Deutschland

Konsolidierungsstrategie der RGW-Länder läßt nur geringes Wachstum der deutschen Exporte erwarten

Im Handel der Bundesrepublik Deutschland mit den europäischen Mitgliedsländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)¹ – hier als Osthandel bezeichnet – ist im vergangenen Jahr keine nennenswerte Steigerung erreicht worden. Bei einem Gesamtumsatz (Einfuhr plus Ausfuhr) von 26 Mrd. DM wurde das Vorjahresergebnis (25,9 Mrd. DM) nur geringfügig übertroffen. Dagegen stieg der gesamte Auslandsumsatz der Bundesrepublik um gut 6 vH; der Osthandelsanteil verminderte sich damit erneut und lag 1977 nur noch bei 5 vH (1975: 6 vH). Ob die Stagnation anhält, hängt angesichts der Konsolidierungsbemühungen der RGW-Länder weitgehend von der Konjunkturerwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und den anstehenden Änderungen in der Einfuhrpolitik der EG gegenüber Staatshandelsländern ab.

Schwache Entwicklung der Ostexporte

Nach stürmischer Aufwärtsentwicklung in den Jahren 1972 bis 1974 zeichneten sich schon 1975 deutlich die Bemühungen der RGW-Länder ab, durch eine zurückhaltende Importpolitik und kräftige Ausfuhrsteigerungen ihre Handelsbilanz zu verbessern. Auch im vergangenen Jahr haben die RGW-Länder ihre restriktive Einfuhrpolitik gegenüber der Bundesrepublik – ebenso wie gegenüber den übrigen westlichen Industrieländern² – noch nicht gelockert. Die Ausfuhr der Bundesrepublik verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mrd. DM und erreichte nominal 15,4 Mrd. DM; dies entspricht einem Rückgang von 2 vH. Bei vermutlich leicht gesunkenen Durchschnittswerten dürfte die reale Abnahme etwa ein Prozent betragen haben. Damit hat der osteuropäische Markt weiter an Bedeutung für die Industrie der Bundesrepublik verloren, die ihren gesamten Auslandsabsatz im vergangenen Jahr um 6,6 vH steigern konnte. An diesen Exporten waren die RGW-Länder nur noch mit 5,6 vH beteiligt (1975: 7 vH). Die von den RGW-Ländern geübte Kaufzurückhaltung zeigt sich auch daran, daß der Ausfuhrwert des 4. Quartals 1974 nicht mehr erreicht werden konnte, obwohl der Export der Bundesrepublik seit Jahresmitte 1977 saisonbereinigt wieder gestiegen ist.

Es muß jedoch berücksichtigt werden, daß diese Länder vor der Wachstumspause eine übersteigerte, die eigenen Finanzierungsmöglichkeiten aus laufenden Exporten weit überschreitende Importausweitung zugelassen haben. Während der Expansionsphase des Osthandels von 1972 bis 1974 ergaben sich Zuwachsraten für die Westimporte von jährlich mehr als 30 vH; die RGW-Länder haben in dieser Zeit Importe gleichsam vorweggenommen. Über den ganzen Zeitraum 1970/77 gerechnet haben die Ostausfuhren der Bundesrepublik überdurchschnittlich expandiert:

Jahresdurchschnittlicher Zuwachs 1977/70

Ostexporte	18 vH
Gesamtexporte	12 vH.

Im abgelaufenen Jahr mußte die bundesdeutsche Industrie Absatzeinbußen bei den drei größten Osthandelspartnern, der UdSSR (– 5 vH), Polen (– 10 vH), der CSSR (– 3 vH), und darüber hinaus bei Bulgarien (– 21 vH) hinnehmen. Die Lieferungen nach Ungarn (+ 14 vH) und Rumänien (+ 24 vH) wurden dagegen nochmals kräftig ausgeweitet. Diese beiden Länder wiesen in den letzten Jahren relativ geringe Defizite gegenüber der Bundesrepublik auf. Auch sie haben jedoch das Konsolidierungsziel nicht aufgegeben. Vielmehr dürften Sonderfaktoren (z. B. Erdbebenkatastrophe in Rumänien) zu ungeplanten Einfuhren geführt haben.

Trotz einer insgesamt restriktiven Einfuhrpolitik haben die RGW-Länder ihre Bezüge an Maschinenbauerzeugnissen weiter ausgedehnt. Dies war nicht zuletzt wegen der in allen diesen Ländern verfolgten intensiven Wachstumspolitik erforderlich. Insgesamt konnte die Maschinenbauindustrie, auf die mit 5,6 Mrd. DM mehr als ein Drittel des gesamten Ostexports entfällt, ihre Lieferungen noch um 8 vH (+ 400 Mill. DM) gegenüber dem Vorjahr steigern.

Dagegen mußten – wie bereits im Vorjahr – vor allem von der Eisen- und Stahlindustrie merkliche Absatzeinbußen hingenommen werden. Allein die Stahlröhrenimporte der Sowjetunion gingen 1977 nochmals um ein Drittel zurück (1976: – 42 vH), da verschiedene Großgeschäfte ausliefen. Die Bedeu-

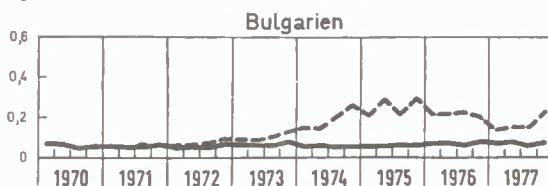
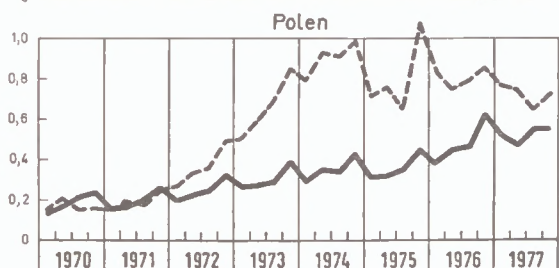
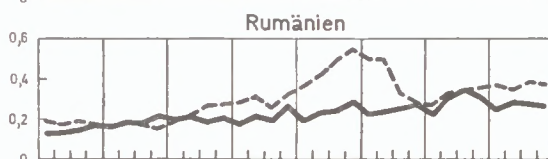
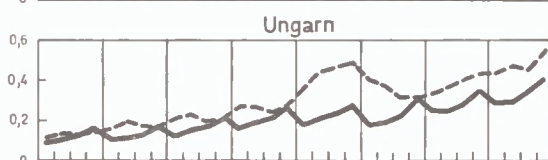
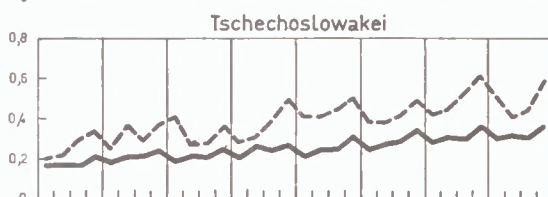
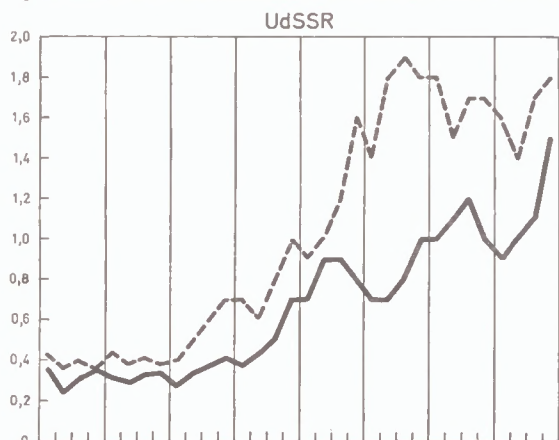
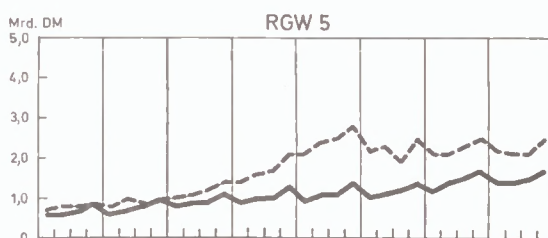
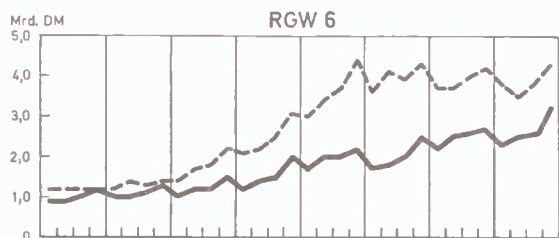
¹ Bulgarien, CSSR, Polen, Rumänien, Ungarn und UdSSR, ohne DDR.

² Hochrechnungen für den Handel zwischen den OECD-Ländern und den osteuropäischen RGW-Ländern (ohne innerdeutschen Handel) ergeben Importverminderungen der RGW-Länder um 8 vH. Die Exporte dieser Länder stiegen vermutlich um 5 vH.

ENTWICKLUNG DES OSTHANDELS DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

— Einfuhr

- - - - - Ausfuhr



Quelle: Statistisches Bundesamt: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 1.

DIW 78

tung von Großaufträgen im Handel mit der Sowjetunion zeigte sich auch am Beispiel der Exporte von Lastkraftwagen; hier verminderten sich die deutschen Lieferungen um 500 Mill. DM und damit fast doppelt so stark wie die gesamten Exporte der Bundesrepublik in die UdSSR (– 300 Mill. DM).

Konjunkturschwäche bremst Importwachstum

Die Osteinfuhren der Bundesrepublik haben 1977 ihr Vorjahresniveau nominal um 4 vH, real um 6 vH übertroffen. Etwas schneller nahmen die Gesamteinfuhren der Bundesrepublik zu. Der Anteil der Ostimporte beträgt 1977 – ähnlich wie 1976 – 4,5 vH. Er war damit – anders als der entsprechende Exportanteil – immer noch höher als in den vorangegangenen Jahren. Für den Zeitraum 1970 bis 1977 errechnet sich ein überdurchschnittliches Wachstum der Ostbezüge:

Jahresdurchschnittlicher Zuwachs 1977/70

Ostimporte	15 vH
Gesamtimporte	12 vH.

Nicht alle RGW-Länder konnten 1977 ihren Absatz in der Bundesrepublik steigern. Die beiden südosteuropäischen Länder Bulgarien und Rumänien mußten sogar Erlöseinbußen (– 2 H bzw. – 11 vH) hinnehmen. Bei Rumänien ist der Rückgang im wesentlichen auf geringere Mineralöllieferungen (– 52 vH) zurückzuführen; eine angesichts der eigenen Energieknappheit nicht unerwartete Entwicklung. Erfolgreicher waren die rumänischen Außenhandelsunternehmen dagegen beim Absatz von Fertigwaren (+ 16 vH). Bulgarien hat schon seit Jahren die Ausfuhr in die Bundesrepublik nicht mehr nennenswert erhöhen können, im wesentlichen Folge der intensiven Handelsverflechtung mit den übrigen RGW-Staaten und des zu engen Exportangebots dieses Landes.

Entwicklung des Osthandels¹⁾ der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1977

	1970	1973	1974	1975	1976	1977	1970	1973	1974	1975	1976	1977
	Ausfuhr (fob)						Einfuhr (cif)					
	Millionen DM											
Bulgarien	240	416	766	1 023	851	670	237	279	234	232	285	280
CSSR	1 058	1 487	1 782	1 678	2 021	1 960	727	992	1 035	1 158	1 269	1 303
Polen	658	2 634	3 615	3 213	3 219	2 888	744	1 219	1 426	1 436	1 919	2 089
Rumänien	722	1 180	1 836	1 607	1 307	1 485	580	861	964	994	1 197	1 069
Ungarn	522	1 056	1 766	1 417	1 550	1 928	491	830	908	906	1 133	1 329
RGW (5)	3 200	6 773	9 765	8 938	8 948	8 932	2 779	4 181	4 567	4 726	5 803	6 070
UdSSR	1 547	3 114	4 774	6 947	6 754	6 450	1 254	1 994	3 269	3 241	4 362	4 528
RGW (6)	4 747	9 887	14 539	15 885	15 702	15 382	4 033	6 175	7 836	7 967	10 165	10 598
	Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH											
Bulgarien	- 2,6	32,7	84,1	33,6	-16,8	-21,3	14,6	15,5	-16,0	- 0,9	22,8	- 1,7
CSSR	28,6	21,2	19,9	- 5,8	20,4	- 3,0	5,5	14,4	4,3	11,9	9,6	2,7
Polen	7,6	81,4	37,2	-11,1	0,2	-10,3	39,8	23,4	17,0	0,7	33,7	8,8
Rumänien	- 1,0	23,4	55,6	-12,5	-18,7	13,6	25,0	7,1	11,9	3,1	20,4	-10,7
Ungarn	47,6	25,1	67,2	-19,8	9,4	24,4	21,8	25,7	9,4	- 0,2	25,1	17,3
RGW (5)	15,8	41,3	44,2	- 8,5	0,1	- 0,2	21,0	17,4	9,2	3,5	22,8	4,6
UdSSR	- 2,3	35,7	53,3	45,5	- 2,8	- 4,5	- 4,0	43,9	67,4	- 0,9	34,6	3,8
RGW (6)	9,2	39,5	47,0	9,3	- 1,2	- 2,0	12,0	24,9	27,7	1,7	27,6	4,3
	Anteil am gesamten Außenhandel der Bundesrepublik in vH											
RGW (5)	2,6	3,8	4,2	4,0	3,5	3,3	2,5	2,9	2,5	2,6	2,6	2,6
UdSSR	1,2	1,7	2,1	3,1	2,6	2,4	1,1	1,4	1,8	1,8	2,0	1,9
RGW (6)	3,8	5,5	6,3	7,2	6,1	5,6	3,7	4,2	4,4	4,3	4,6	4,5
	Anteil der Bundesrepublik Deutschland am Westhandel der RGW-Länder in vH ³⁾											
RGW (5)	18,7	27,3	26,5	27,2	25,4	.	23,8	24,0	22,0	26,1	27,2	.
UdSSR	13,2	16,5	22,5	20,0	18,2	.	10,5	12,6	13,9	15,0	14,8	.
RGW (6)	16,3	22,6	24,9	24,1	22,2	.	18,1	18,9	17,9	21,2	21,4	.
	Jährlicher Saldo in Mill. DM						Kumulierter Saldo ⁴⁾ in Mill. DM					
Bulgarien	4	137	532	791	567	390	4	243	775	1 566	2 133	2 523
CSSR	331	494	747	520	752	658	331	1 619	2 366	2 886	3 638	4 296
Polen	- 86	1 416	2 190	1 777	1 300	799	- 86	1 792	3 982	5 759	7 059	7 858
Rumänien	142	319	872	613	110	417	142	545	1 417	2 030	2 140	2 557
Ungarn	31	226	858	511	417	599	31	631	1 489	2 000	2 417	3 016
RGW (5)	422	2 592	5 199	4 212	3 145	2 862	422	4 830	10 029	14 241	17 386	20 248
UdSSR	293	1 121	1 505	3 706	2 393	1 922	293	2 654	4 159	7 865	10 258	12 180
RGW (6)	715	3 713	6 704	7 918	5 537	4 784	715	7 484	14 188	22 106	27 643	32 427
	Relation von Einfuhr zu Ausfuhr im Osthandel der Bundesrepublik Deutschland											
	Jahreswerte						Kumulierte Werte ⁴⁾					
Bulgarien	98,8	67,1	30,6	22,7	33,5	41,8	98,8	80,2	61,1	48,1	44,9	44,4
CSSR	68,7	66,7	58,1	69,0	62,8	66,5	68,7	68,0	65,4	66,1	65,5	65,6
Polen	113,1	46,3	39,5	44,7	59,6	72,3	113,1	67,5	56,4	53,4	54,6	57,4
Rumänien	80,3	73,0	52,5	61,9	91,6	72,0	80,3	84,6	73,6	70,9	74,2	73,8
Ungarn	94,1	78,6	51,4	63,9	73,1	68,9	94,1	79,8	69,6	68,3	69,3	69,2
RGW (5)	86,8	61,7	46,8	52,9	64,9	68,0	86,8	73,8	64,5	61,7	62,3	63,2
UdSSR	81,1	64,0	68,5	46,7	64,6	70,2	81,1	69,0	68,8	61,2	62,1	63,6
RGW (6)	85,0	62,5	53,9	50,2	64,7	68,9	85,0	72,3	65,9	61,5	62,2	63,4

1) Europäische RGW-Länder ohne DDR.-2) Herstellungs- und Verbrauchsländer.-3) Auf der Basis der RGW-Statistiken.-4) Kumuliert ab 1970.

Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie 7, Reihe 1, diverse Jahrgänge, Statistische Jahrbücher der RGW-Länder.

Stark zugenommen haben im vergangenen Jahr die Exporte Ungarns (+ 17 vH). Ungarn war 1977 – gemeinsam mit der CSSR – nach der UdSSR und Polen der drittgrößte Lieferant der Bundesrepublik unter den RGW-Ländern. Eine Reihe von Kooperationsabkommen mit Firmen der Bundesrepublik – ihre Zahl wird derzeit mit 262 angegeben (weitere 100 sind im Vorbereitungsstadium) – mag zu diesen Absatzerfolgen Ungarns beigetragen haben³⁾. Export-

steigerungen konnte Ungarn vor allem bei Leder- und Holzwaren sowie Maschinen und elektronischen Erzeugnissen verbuchen. Die Textillieferungen, die 20 vH der ungarischen Exporte ausmachten, haben

³⁾ Rund 5 vH des ungarischen Exports in alle westlichen Länder basiert auf Kooperationsvereinbarungen. Vgl. Buda- pester Rundschau, Nr. 10/1978. Im Handel mit der Bundes- republik dürfte der Anteil höher (8 bis 10 vH) liegen.

Preis- und Mengenentwicklung im Osthandel der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1977

Veränderungen in vH

	1977/76						1977/70 ³⁾					
	Einfuhr			Ausfuhr			Einfuhr			Ausfuhr		
	RGW (5)	UdSSR	RGW (6)	RGW (5)	UdSSR	RGW (6)	RGW (5)	UdSSR	RGW (6)	RGW (5)	UdSSR	RGW (6)
Tatsächliche Werte	4,6	3,8	4,3	- 0,2	- 4,5	- 2,0	11,8	20,1	15,8	15,8	22,6	18,3
Volumen ¹⁾	6,6	5,1	5,5	+ 0,4	- 3,6	- 1,3	6,4	8,2	7,0	10,8	17,1	13,1
Durchschnittswerte ²⁾	- 1,1	- 1,2	- 1,1	- 0,6	- 0,9	- 0,7	5,1	11,0	7,3	4,5	4,8	4,6

1) Errechnet aus Umsatz- und Durchschnittswertveränderungen Preisindex nach Paasche. -2) Preisindex nach Paasche. Errechnet aus den Preisindizes für den gesamten Außenhandel der Bundesrepublik bei rund 35 Warengruppen. -3) Jahresdurchschnittlicher Zuwachs, Basis 1970.
Quelle: Berechnungen des DIW.

im vergangenen Jahr nur unterdurchschnittlich expandiert. Insgesamt stieg der Anteil der Fertigwaren-Enderzeugnisse auf 45 vH der gesamten ungarischen Lieferungen in die Bundesrepublik; das ist der höchste Wert von allen RGW-Ländern.

Die schon seit Jahren zu verzeichnenden Änderungen in der Warenstruktur der osteuropäischen Exporte haben sich 1977 fortgesetzt. Den RGW-Ländern ist es überwiegend gelungen, ihr Fertigwaren-

angebot zu erweitern und zu verbessern. In sieben Jahren stieg der Fertigwarenanteil bei den Lieferungen der kleineren RGW-Länder von 35 auf zuletzt 52 vH; dies entspricht genau dem entsprechenden Anteil der Fertigwaren an den Gesamtimporten der Bundesrepublik.

Dieser Umstrukturierungsprozeß ist insofern bedeutsam, als er die Wachstumschancen der osteuropäischen Exporte in die Bundesrepublik verbessert:

Die Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in die RGW-Länder nach Waren und Warengruppen 1977

Waren bzw. Warengruppe	R G W (5) ¹⁾				U d S S R			
	Ausfuhr	Veränderung ²⁾ in vH	Exportanteil ³⁾	Ausfuhr = 100	Ausfuhr	Veränderung ²⁾ in vH	Exportanteil ³⁾	Ausfuhr = 100
	Mill. DM		v H		Mill. DM		v H	
Ausfuhr	8 932	- 0,2	3,3	100	6 450	- 4,5	2,4	100
darunter: ⁴⁾ Ernährungsgüter	315	+ 11,7	2,3	3,5	59	- 12,3	0,4	0,9
Rohstoffe	116	+ 19,9	2,0	1,3	12	- 11,4	0,2	0,2
Halbwaren	668	- 13,1	3,7	7,5	114	- 8,6	0,6	1,8
Fertigwaren	7 774	+ 0,7	3,3	87,0	6 243	- 4,4	2,7	96,8
davon: Vorerzeugnisse	2 549	+ 0,6	5,5	28,5	1 423	- 13,5	3,1	22,1
Enderzeugnisse	5 225	+ 0,7	2,8	58,5	4 820	- 1,3	2,6	74,7
Ausgewählte Untergruppen ⁵⁾								
Chemische Halbwaren	289	+ 5,0	4,5	3,2	22	- 16,2	0,3	0,3
Gewebe	377	+ 4,6	6,7	4,2	30	- 58,0	0,5	0,5
Kunststoffe	407	+ 4,7	5,0	4,6	120	- 3,5	1,5	1,9
Farbstoffe	204	+ 8,6	5,7	2,3	61	+ 6,5	1,7	0,9
Übrige chemische Vorerzeugn.	443	+ 12,9	4,7	5,0	209	+ 3,0	2,2	3,2
Stahlröhren	270	+ 11,2	14,0	3,0	148	- 32,3	7,7	2,3
Vorerzeugnisse aus Eisen	606	- 15,6	6,2	6,8	780	- 13,7	7,9	12,1
Enderzeugnisse aus Eisen	476	- 27,5	3,7	5,3	894	+ 6,2	7,0	13,9
Werkzeugmaschinen	686	- 2,2	9,5	7,7	966	+ 0,3	13,4	15,0
Maschinen für Textil- und Lederindustrien	266	- 4,8	6,5	3,0	97	+ 37,1	2,4	1,5
Pumpen, Druckluftmaschinen	194	+ 12,1	4,3	2,2	213	+ 47,5	4,7	3,3
Übrige Maschinen	1 677	+ 10,2	4,5	18,8	1 518	+ 11,6	4,0	23,5
Elektrotechnische Erzeugn.	615	+ 3,8	2,2	6,9	406	+ 40,8	1,5	6,3
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	117	- 1,5	2,2	1,3	75	- 7,6	1,4	1,2
Enderzeugnisse der chemischen Industrie	479	+ 6,8	3,6	5,4	197	+ 5,9	1,5	3,0
Kraftfahrzeuge	259	+ 16,6	0,6	2,9	111	- 82,3	0,3	1,7
Übrige Fahrzeuge	34	- 53,3	0,4	0,4	185	+ 127,5	2,3	2,9

1) Bulgarien, CSSR, Polen, Rumänien, Ungarn. -2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr. -3) Anteil an den jeweiligen Gesamtausfuhrungen der Bundesrepublik Deutschland. -4) Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen. -5) Die Warengruppen repräsentieren 83 vH (RGW-5) bzw. 94 vH (UdSSR) der jeweiligen Ausfuhr.

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3.

Die Einfuhr der Bundesrepublik Deutschland aus den RGW-Ländern nach Waren und Warengruppen 1977

Waren bzw. Warengruppe	R G W (5) ¹⁾				U d S S R			
	Einfuhr	Veränderung ²⁾ in vH	Import- anteil ³⁾	Einfuhr = 100	Einfuhr	Veränderung ²⁾ in vH	Import- anteil ³⁾	Einfuhr = 100
	Mill. DM		v H		Mill. DM		v H	
Einfuhr	6 070	+ 4,6	2,6	100	4 528	+ 3,8	1,9	100
darunter: ⁴⁾ Ernährungsgüter	1 103	+ 3,9	2,8	18,2	78	- 25,5	0,2	1,7
Rohstoffe	516	+ 4,1	1,5	8,5	1 005	- 17,2	2,9	24,4
Halbwaren	1 132	- 10,6	3,2	18,6	2 403	+ 4,8	6,8	53,1
Fertigwaren	3 138	+ 12,8	2,6	51,7	932	+ 49,0	0,8	20,6
davon: Vorerzeugnisse	938	+ 9,7	2,8	15,5	685	+ 66,0	2,1	15,1
Enderzeugnisse	2 199	+ 14,2	2,5	36,2	247	+ 16,0	0,3	5,4
Ausgewählte Untergruppen ⁵⁾								
Fleisch und Fleischwaren	356	+ 0,3	8,2	5,9	6	+ 1,2	0,2	0,1
Baumwolle	2	+ 17,8	0,2	0,0	161	+ 3,7	20,5	3,5
Steinkohle	171	- 12,4	29,1	2,8	12	- 35,8	2,0	0,3
Erdöl	0	0,0	0,0	0,0	627	- 16,3	2,7	13,9
Kraftstoffe, Schmieröle, Erdgas	351	- 34,0	2,4	5,8	1 703	- 3,1	11,7	37,6
Schnittholz	119	+ 12,2	8,0	2,0	209	+ 14,9	13,9	4,6
Kupfer, roh	265	+ 31,3	12,6	4,4	41	- 47,6	1,9	0,9
Gold für gewerbliche Zwecke	0	-100,0	0,0	0,0	157	+301,2	15,0	3,5
Chemische Vorerzeugnisse	180	+ 24,9	1,7	3,0	534	+122,9	5,0	11,8
Vorerzeugnisse aus Eisen und Stahl	632	+ 52,7	9,3	10,4	2	- 30,2	0,0	0,0
Bekleidung	790	+ 2,4	8,0	13,0	3	+ 53,7	0,0	0,1
Holzwaren	239	+ 32,1	10,5	3,9	5	+ 13,7	0,2	0,1
Eisenwaren	15	- 88,4	0,4	0,3	3	+ 39,1	0,1	0,1
Maschinen	209	+ 35,9	1,4	3,4	14	+ 3,0	0,1	0,3
Elektrotechn. Erzeugnisse	204	+ 15,5	1,5	3,4	8	+ 79,8	0,1	0,2
Fahrzeuge	151	+154,4	3,1	2,5	57	- 25,0	1,2	1,3

1) Bulgarien, CSSR, Polen, Rumänien, Ungarn.-2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.-3) Anteil an den jeweiligen Gesamteinfuhren der Bundesrepublik Deutschland.-4) Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen.-5) Die Warengruppen repräsentieren 58 vH (RGW-5) bzw. 78 vH (UdSSR) der jeweiligen Einfuhr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3.

Da die Absatzchancen von Fertigwaren langfristig überdurchschnittlich hoch sind, können jene Länder Exporterfolge erwarten, die sich dieser Entwicklung in ihrem Sortiment anpassen. Schon heute setzen die RGW (5)-Länder in der Bundesrepublik mehr Industriewaren ab als in den übrigen OECD-Ländern⁴.

Bei den sowjetischen Lieferungen bestimmen Rohstoffe und Halbwaren mit einem Anteil von 75 vH — hiervon entfallen allein zwei Drittel auf Erdöl, Erdölprodukte und Erdgas — noch eindeutig das Warensortiment. Aber auch in den sowjetischen Exporten gewinnen allmählich verarbeitete Waren an Bedeutung. Gegenüber 1976 stieg ihr Anteil im vergangenen Jahr von 14 auf 20 vH. Ins Gewicht fällt dabei die starke Ausweitung des Exports von Chemieprodukten.

Langsamer Rückgang des Handelsbilanzsaldos

Obwohl die RGW-Länder auch im vergangenen Jahr ihre Exporte in die Bundesrepublik noch ausdehnten, während die Importe von dort erneut zurückgingen, wies ihre bilaterale Handelsbilanz noch immer einen hohen Passivsaldo auf. Er war

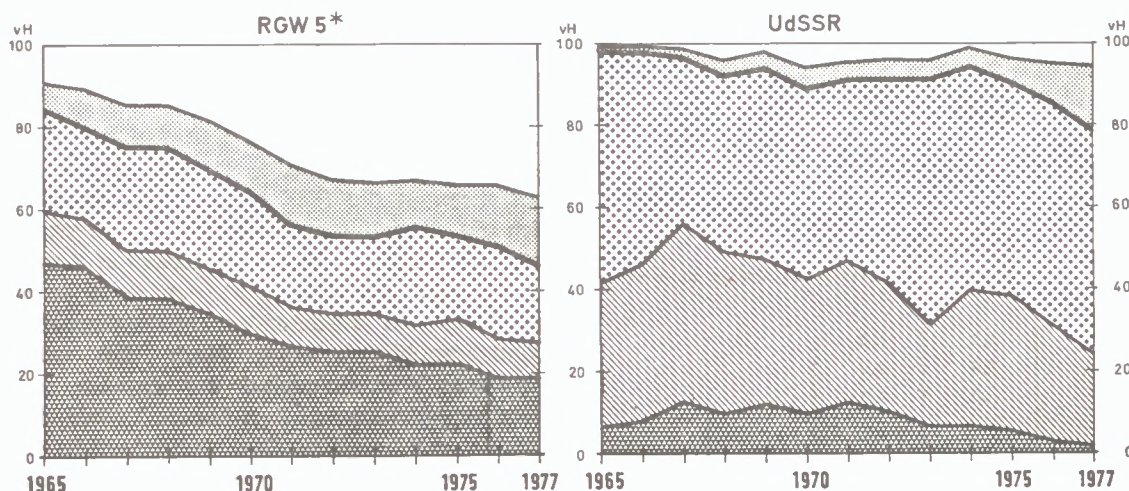
mit knapp 5 Mrd. DM jedoch schon bedeutend geringer als der Höchstwert von 8 Mrd. DM im Jahre 1975. Dennoch machte der Passivsaldo der RGW-Länder — bei einem Handelsanteil von 5 vH — 1977 13 vH des gesamten deutschen Exportüberschusses aus.

Der — seit 1970 — kumulierte Passivsaldo hat sich auf 32 Mrd. DM erhöht. Dieser Saldo ist nicht identisch mit der Gesamtverschuldung der RGW-Länder bei Banken und Firmen mit Sitz in der Bundesrepublik. Die Nettoforderungen dieser Kreditgeber, die für Ende 1976 auf 19 Mrd. DM geschätzt wurden⁵, dürften 1977 um rund 2 Mrd. DM auf 21 Mrd. DM, d. h. wiederum langsamer als in den Vorjahren, gestiegen sein. Gegenwärtig haben die RGW-Länder zwei Drittel ihres kumulierten Handelsbilanzdefizits durch Kreditaufnahmen in der Bundesrepublik finanziert:

⁴ Vgl. Jochen Bethkenhagen, Hans Martin Duseberg, Maria Lodahl: Die Osteinfuhrstruktur der Bundesrepublik Deutschland und anderer westlicher Länder — Eine vergleichende Darstellung. Sonderheft des DIW, in Vorbereitung.

⁵ Vgl. RGW-Länder vermindern Handelsbilanzungleichgewicht. Bearb.: Jochen Bethkenhagen. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 12/1977.

WARENSTRUKTUR DER OSTIMPORTE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1965 BIS 1977



* Bulgarien, ČSSR, Polen, Rumänien, Ungarn.

Quelle: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

DIW 78

	Mitte	E n d e		
	1974	1975	1976	1977

(1) Kumuliertes Defizit					
	Mrd. DM	10,2	22,1	27,7	32,5
(2) Netto-Schuldenstand					
	Mrd. DM	8,0	16,0	19,0	21,0
(3) = (2) : (1)		0,78	0,72	0,68	0,65

Quellen: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Nr. 7/1976 und Nr. 11/1976. Schätzungen des DIW.

Unterstellt man, daß die RGW-Länder für diese Kredite im Durchschnitt einen Zins von 6,5 vH zahlen, dann ergibt sich eine jährliche Zinsbelastung von 1,4 Mrd. DM, d. h., daß — bei rein bilateraler Betrachtung — bereits 13 vH aller Exporterlöse der RGW-Länder nicht mehr für Wareneinkäufe aus der Bundesrepublik zur Verfügung stehen. Vor dem Hintergrund dieser Belastung wird es verständlich, daß die RGW-Länder bestrebt sind, ihren bilateralen Warenaustausch ins Gleichgewicht zu bringen. Diesem Ziel sind sie 1977 etwas näher gekommen. Nachdem die RGW-Länder 1975 lediglich die Hälfte ihrer Importe aus der Bundesrepublik durch Exporteinnahmen finanziert hatten, waren es im vergangenen Jahr im Durchschnitt knapp 70 vH.

Längerfristige Perspektiven: Nur geringe Wachstumschancen für Ostexporte

Es ist zu erwarten, daß die RGW-Länder der Konsolidierung ihrer Außenhandelsbilanz weiter Priorität einräumen und die Westimporte allenfalls nur mäßig steigern werden.

Zu dieser Politik werden die RGW-Länder nicht aufgrund mangelnder Kreditbereitschaft westlicher Banken bzw. Firmen gedrängt; denn die Kreditwürdigkeit dieser Staaten wird im Westen nach wie vor positiv beurteilt. Vielmehr sind die RGW-Länder bestrebt, den Anstieg der Zinslasten zu bremsen. Hinzu kommt, daß sich — auch bedingt durch die Konjunkturschwäche im Westen — Hoffnungen auf eine rasche Umsetzung der Importe an Maschinen und Ausrüstungen in eine Verstärkung der eigenen Exporte nur bedingt erfüllt haben.

Aus dieser Einschätzung ergeben sich für die längerfristigen Wachstumschancen des Osthandels der Bundesrepublik folgende Konsequenzen:

- Die Ostexporte werden weiterhin langsamer expandieren als die Importe aus den RGW-Ländern.
- Wegen des hohen Niveaus der deutschen Exporte muß mit einer länger andauernden Konsolidierungsphase gerechnet werden.
- Ihre Dauer hängt wesentlich von den Exportchancen der RGW-Länder in der Bundesrepublik ab.

Modellrechnung zur mittelfristigen Entwicklung des Osthandels der Bundesrepublik Deutschland

Jahr (Strategie) ¹⁾	Import	Export	Saldo	Kumulierter Saldo ²⁾
in Mrd. DM				
1977	10,6	15,4	4,8	32
1980				
(1)	13,0	17,3	4,3	46
(2)	13,0	17,8	4,8	47
(3)	13,0	16,3	3,3	44
1985				
(1)	18,2	24,3	6,1	73
(2)	18,2	23,0	4,8	71
(3)	18,2	18,2	-	51
Jahresdurchschnittlicher Zuwachs in vH				
1980/77				
(1)	7,0	4,0	.	.
(2)	7,0	4,9	.	.
(3)	7,0	1,9	.	.
1985/80				
(1)	7,0	7,0	.	.
(2)	7,0	5,3	.	.
(3)	7,0	2,2	.	.

1) Alternative Strategien: (1) Import/Export - Relation von 0,75
 (2) Konstanter Saldo in Höhe des Wertes von 1977.
 (3) Saldenausgleich bis 1985.

2) Seit 1970.

Quelle: Berechnungen des DIW.

Anhand einer Modellrechnung sollen die Auswirkungen einer bis 1985 angesetzten Konsolidierungspolitik veranschaulicht werden. Dabei wird unterstellt, daß die Importe der Bundesrepublik aus den RGW-Ländern im Zeitraum 1978/85 im Jahresdurchschnitt um real 7 vH zunehmen und das künftige Wachstum der Ostexporte von der Höhe des von den RGW-Ländern angestrebten Handelsbilanzsaldos abhängig ist. Drei Varianten gehen in die Rechnung ein:

1. Die RGW-Länder betreiben eine „gemäßigte Verschuldungsstrategie“, d. h. sie orientieren ihr Handelsbilanzdefizit an den Exporterlösen. Angenommen wird, daß sie zum Ende des laufenden Fünfjahrplans (1980) eine Import-Export-Relation

von 0,75 erreichen, die dann gehalten wird (1977: 0,69).

2. Die RGW-Länder verfolgen eine „gemäßigte Konsolidierungsstrategie“, d. h. sie nehmen bei steigendem Handelsvolumen einen realen Saldo in Höhe des Defizits von 1977 in Kauf.

3. Die RGW-Länder führen eine „konsequente Konsolidierungspolitik“ durch, d. h. sie streben bis 1985 einen Bilanzausgleich an.

Die Ergebnisse verdeutlichen den relativ begrenzten Wachstumsspielraum für die bundesdeutschen Ausfuhren in die RGW-Länder. Bis 1980 bewegen sich die jahresdurchschnittlichen realen Wachstumsraten nach dieser Rechnung zwischen 2 und 5 vH. Damit wäre der Ostexport nur noch unterdurchschnittlich am wachsenden Auslandsgeschäft der Bundesrepublik beteiligt. Nach 1980 würde der maximale Wachstumspfad der Exporte bei einer Durchschnittsrate von 7 vH liegen. Sollten die RGW-Länder das gegenwärtige Jahresdefizit von fast 5 Mrd. DM nicht nennenswert reduzieren, dann würde bis 1985 ein kumulierter Saldo von über 70 Mrd. DM (zu Preisen von 1977) auflaufen; die Zinsbelastung würde dann knapp 20 vH der Importerlöse betragen (geschätzter Anteil 1977: 13 vH).

Unter diesen Umständen ist es nicht unwahrscheinlich, daß die RGW-Staaten ihre Einfuhren aus der Bundesrepublik auch bis 1985 nur sehr gemäßigt (+ 2 vH pro Jahr) expandieren lassen. Um den Preis einer restriktiven Importpolitik würden sie damit ihre relative Zinslast auf dem derzeit erreichten Niveau halten können.

Höhere Steigerungsraten für die Ostexporte ließen sich nur dann erzielen, wenn die Bezüge der Bundesrepublik schneller als um die hier unterstellten 7 vH jährlich gesteigert würden. Das aber bedeutet, daß jede handelspolitische Maßnahme zur Beschränkung der Einfuhren aus Staatshandelsländern auch die Exportmöglichkeiten der Bundesrepublik einengt. Dies muß angesichts der von einigen EG-Staaten geforderten restriktiveren Einfuhrpolitik gegenüber Drittländern – vor allem auf dem Stahl- und Textilsektor – beachtet werden.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
 Telefon (030) 8 29 11
 Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Nur vorübergehende Entlastung des Arbeitsmarktes durch Rückwanderung ausländischer Arbeitnehmer bearbeitet von Ulrich Brasche. — Zum Osthandel der Bundesrepublik Deutschland bearbeitet von Jochen Bethkenhagen.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36. Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.